

15.09.2022

Kleine Anfrage 453

der Abgeordneten Lisa-Kristin Kapteinat und Christian Dahm SPD

Verdeckte Obdach- und Wohnungslosigkeit – Postfächer bei den Trägern der Wohnungslosenhilfe

Am 4. April 2022 hat das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales die GISS-Studie „Wohnungslose ohne Unterkunft und verdeckt Wohnungslose in Nordrhein-Westfalen“ vorgestellt. Laut dieser Studie lebten in der Woche vom 1. bis 7.7.2021 5.349 obdachlose Menschen – also Wohnungslose ohne eine Unterkunft – in Nordrhein-Westfalen. Das sind bereits etwa 3.800 Menschen mehr, als eine Statistik aus dem Jahre 2020 genannt hat.

Das Erhebungsinstrument zur Bestimmung der Anzahl von obdachlosen Menschen war ein Fragebogen, der in einschlägigen Einrichtungen verteilt worden war.

Viele Anlaufstellen für wohnungslose Menschen haben Postfächer für die Betroffenen, um Briefverkehr – vor allem mit Behörden – zu ermöglichen. Diese Postfächer sind bereits bei Einrichtungen in kleinen Kommunen in dreistelliger Anzahl anzufinden. Im Hinblick auf die 396 Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen ist von einer deutlich höheren Anzahl auszugehen. Die Anzahl der Postfächer kann ein realistisches Bild der Wohnungslosigkeit ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele solcher Postfächer finden sich bei den jeweils einschlägigen Trägern (Gefährdetenhilfen, Wohnungslosenhilfen, Diakonie, Caritas, etc.) für Betroffene in den Kommunen Nordrhein-Westfalens? (Bitte landesweit und kommunalscharf aufschlüsseln.)
2. Wie viele solcher Postfächer finden sich in Hilfseinrichtungen in den in der Studie untersuchten Kommunen, die damit eine repräsentative Ausstrahlungsfunktion für die ganzen 396 Städte und Gemeinden Nordrhein-Westfalens haben?
3. Wie schätzt die Landesregierung die Auswirkungen der aktuellen Energiekrise und Kostensteigerungen auf die Obdach- und Wohnungslosigkeit ein?
4. Mit welchen (finanziellen) Maßnahmen gedenkt die Landesregierung, dem möglichen Anstieg der Obdach- und Wohnungslosigkeit im bevorstehenden Winter entgegenzuwirken?

5. Welche Hilfen plant die Landesregierung, um Kommunen und Hilfseinrichtungen auf kommunaler Ebene bei der Betreuung von obdach- und wohnungslosen Menschen zu entlasten und damit das im Koalitionsvertrag versprochene Ziel der Beseitigung der Wohnungslosigkeit bis 2030 zu erreichen? (Bitte jede Maßnahme einzeln darstellen.)

Lisa-Kristin Kapteinat
Christian Dahm